

# Kolonialkrieg, Globalstrategie und Kalter Krieg Die *Emergencies* in Malaya und Kenya 1948–1960<sup>1</sup>

Dierk Walter

## 1. Großbritannien und die „heißen Kriege“ im Kalten Krieg

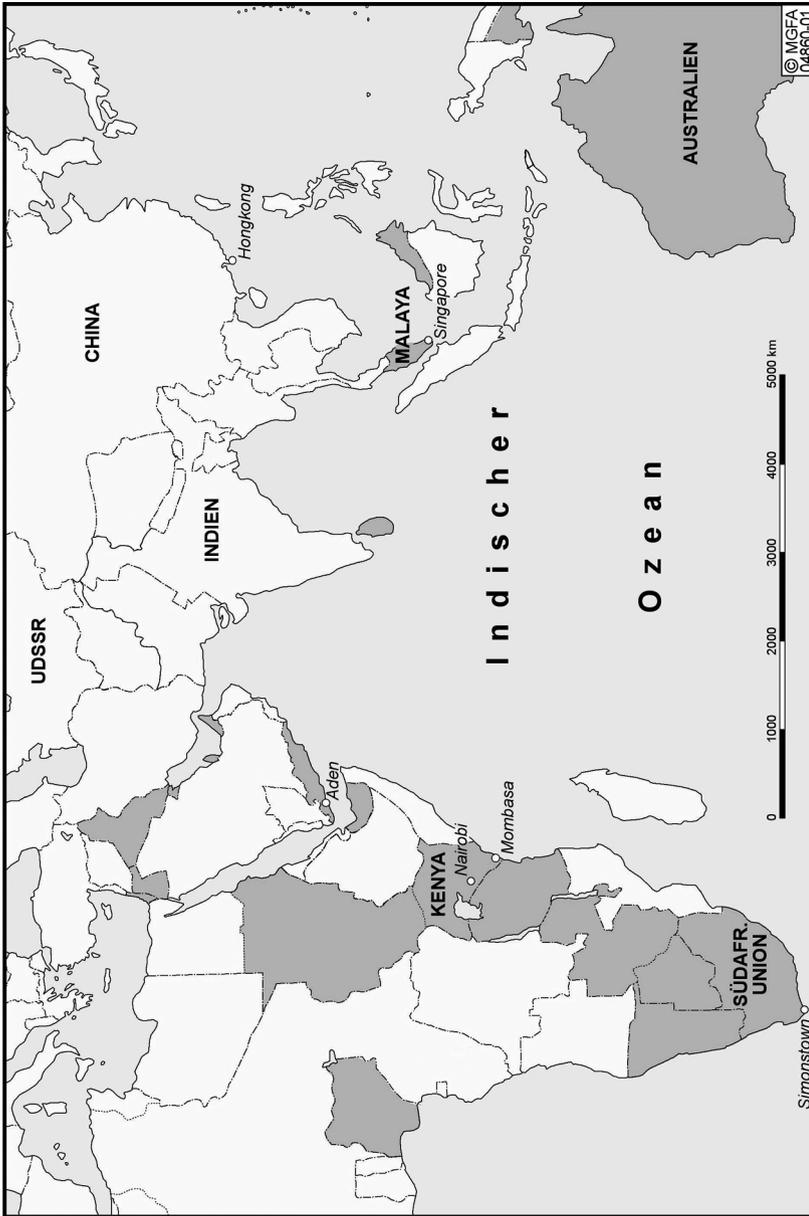
Kein Staat der Welt hat während des Kalten Krieges öfter „heiße“ Kriege geführt als Großbritannien. Volle 18 Waffengänge zählt ein entsprechender Statistikband für die Jahre 1945 bis 1992 und platziert das Vereinigte Königreich damit knapp vor Indien (16) und ein gutes Stück vor den USA und dem Irak (12).<sup>2</sup> Das überrascht auf den ersten Blick, sind die im deutschen kollektiven Gedächtnis haftengebliebenen bewaffneten Konflikte des halben Jahrhunderts nach dem Zweiten Weltkrieg doch vorwiegend solche, die ohne britische Beteiligung auskamen. Bei Kriegen der jüngsten Vergangenheit denken Deutsche eher an Indochina, den Nahen Osten, Algerien, Lateinamerika und Afrika – vielleicht auch an Korea, aber das bringt man angesichts der massiven US-Truppenpräsenz nicht unbedingt zuerst mit den Commonwealth-Truppen in Verbindung. Bekannt ist eventuell noch der Falkland-Krieg, ein seltsamer, verspäteter Konflikt mehr um nationales Prestige als um einige Inselchen am Ende der Welt.

Das füllt aber noch keine Liste. Welche scheinbar obskuren Konflikte waren es also, die die nicht unbedingt als hyperaggressive Militärmacht verschriene Inselnation zum hauptkriegführenden Staat der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts machten? Vermuten könnte man, dass Großbritannien, 1945 noch Zentrum des größten Imperiums der Weltgeschichte, in der Dekolonisationsära mehr Besitzungen abzuwickeln hatte als irgendeine andere Kolonialmacht,

---

<sup>1</sup> Dieser Artikel basiert auf einem bei der Konferenz „Hot Wars in the Cold War“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung im Mai 2004 gehaltenen Vortrag. Eine längere Fassung wird voraussichtlich 2005 in einem Sammelband der Hamburger Edition erscheinen, hg. von Bernd Greiner, Christian Th. Müller und mir.

<sup>2</sup> Klaus Jürgen Gantzel/Torsten Schwinghammer, *Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 bis 1992. Daten und Tendenzen*, Münster 1995, S. 108f. Problematisch ist an diesem Zugang die quantitative statt analytische Definition von Krieg als Konflikt mit einer bestimmten Anzahl von Toten pro Zeiteinheit. Diese willkürliche Einschränkung erklärt das Fehlen von kleineren britischen Militäreinsätzen wie denen in Kuwait und in Ostafrika Anfang der 1960er, die die hier getroffenen Feststellungen weiter untermauern.



Die britischen Besitzungen in der Indikregion um 1950

und dass dieses Abwickeln nicht immer friedlich vonstatten ging. Waren es also bewaffnete Freiheitskämpfe von Nationen an der kolonialen Peripherie, die die britischen Streitkräfte so häufig beschäftigten? In der Tat: Dekolonisationskriege im weitesten Sinne sind auf der Liste. Allerdings bilden sie nicht die Mehrheit der dort für Großbritannien verzeichneten Kriege, und das Konfliktmuster war jeweils weit komplexer, als diese Einordnung es nahelegen würde.

Die große Mehrzahl der „heißen“ Kriege, an denen sich britische Streitkräfte seit 1945 beteiligten, war in einem viel allgemeineren Sinne ein Ausfluss des anhaltenden britischen Selbstverständnisses als Weltmacht, als Vormacht der westlichen Welt (in Gemeinschaft mit den USA), als Garant von globaler Stabilität, Frieden und Freiheit. Das schloss Konflikte in den eigenen Kolonien ein, erstreckte sich darüber hinaus aber auf Kriege, in denen beispielsweise ehemalige Besitzungen und nunmehrige Verbündete gegen Territorialansprüche Dritter verteidigt wurden – wie Malaysia gegen Indonesien 1963–1966 – oder gegen innere Aufstände – wie mehrere Länder Ostafrikas 1964 – und ging hin bis zu einer selbstimaginierten Weltpolizeirolle, die sich in Beteiligungen an multilateralen Interventionen wie zuletzt im zweiten und dritten Golfkrieg niederschlug. In all diesen bewaffneten Auseinandersetzungen verstand sich Großbritannien eben nicht als Akteur im eigenen Interesse wie jeder beliebige Nationalstaat, sondern als Protagonist eines globalen *bonum communis*, auf das es sich als Folge seiner Geschichte als erste Industrie-, Handels-, See- und letztlich Weltmacht während des langen 19. Jahrhunderts verpflichtet sah.

Die von Großbritannien während des Kalten Krieges in der „Dritten Welt“ geführten „heißen“ Kriege sind nur dann hinreichend zu verstehen, wenn man sie als Resultat einer auf die Weltmachtrolle und das Selbstverständnis als Imperialmacht zentrierten Kollektivmentalität in den politischen und militärischen Eliten des Mutterlandes liest, als Ausfluss eines mentalen Traditionsüberhanges im *official mind* der britischen Außen- und Verteidigungspolitik, der wirkungsmächtig genug war, die Fortschreibung von althergebrachten Verhaltensmustern und Strategien in eine Zeit hinein zu ermöglichen, in der für solche Muster zunehmend die Grundlagen fehlten. Konkret: Obwohl nach 1945 die Weltbühne einer dritten Supermacht neben den USA und der UdSSR immer weniger Platz bot, und obwohl die Volkswirtschaft Großbritanniens den Unterhalt von Streitkräften, die für eine aktive globale Außenpolitik mit Weltmachanspruch nötig gewesen wären, zunehmend unmöglich machte, dauerte es beinahe bis 1970, bevor diese Realitäten die britische Außen- und Verteidigungspolitik soweit erreichten, dass der Weltmachthabitus im Stil des 19. Jahrhunderts nicht mehr die instinktive Reaktion auf jede außenpolitische Herausforderung prägte – speziell in Übersee.<sup>3</sup>

Erst vor diesem Hintergrund ist die ansonsten verwirrende Tatsache zu erklären, dass zwei der blutigsten Kriege, die Großbritannien im 20. Jahrhundert in der Dritten Welt geführt hat, nach einem militärischen Sieg der Kolonial-

macht in die Unabhängigkeit der jeweiligen Kolonie mündeten: die *Emergencies* (etwa: Ausnahmezustände) in Malaya (1948–1960) und Kenya (1952–1960). In beiden Fällen trifft nicht etwa das alte Sprichwort von der Feder des Diplomaten zu, die verschenkt, was das Schwert des Soldaten errungen hat. Vielmehr führte Großbritannien zumindest den Krieg in Malaya – nach einer etwas desorientierten Anfangsphase – dezidiert für die Dekolonisation, oder richtiger: für eine bestimmte Art der als unvermeidlich angesehenen Dekolonisation. In Kenya war der Zeitablauf etwas anders, aber die politischen Grundlinien waren ähnlich. Es ging, kurz gesagt, um eine derartige Ausgestaltung der Unabhängigkeit, dass die neuen Staaten ein Teil des britischen Bündnisystems sowie der westlichen politischen und Wertegemeinschaft blieben. Das überrascht, so formuliert, nicht wirklich, und ist doch eine grundlegend andere Motivation als der Wille, die eigene Herrschaft in einer Kolonie um jeden Preis aufrechterhalten zu wollen.

Zu fragen bleibt, warum gerade Malaya und Kenya Großbritannien langwierige und kostspielige Militäreinsätze mit Hunderten (Kenya) bzw. Tausenden (Malaya) von eigenen Verlusten und jeweils über 10.000 Toten der Gegenseite wert waren. Was war die konkrete politische Konzeption hinter der Weigerung, zwei ehemalige Kolonien einfach ohne Rücksicht auf die Zukunft in die Unabhängigkeit zu entlassen – wie man es ja in Indien und Palästina getan hatte? Der Grund ist häufig in der Konfliktkonstellation des Kalten Krieges gesucht worden. Man kann den Krieg in Malaya dann unter einem ähnlichen Ansatz wie Vietnam als Kampf um die Eindämmung des Kommunismus in Südostasien deuten, nicht zuletzt deshalb, weil die Insurrektion von der kommunistischen Partei des Landes ausging. Für Kenya aber hilft diese Erklärung nicht weiter. Der dortige Mau-Mau-Aufstand war bar kommunistischer Wurzeln oder Kontakte. Wenn die beiden Konflikte trotz dieses ganz andersartigen Hintergrundes im Verlauf, in den von London und den Autoritäten vor Ort angewandten Strategien und vor allem im Ausgang so große Ähnlichkeiten aufzuweisen haben (wie ich in diesem Artikel zeigen möchte), so liegt der Schluss nahe, dass der Kalte Krieg der gemeinsame Nenner nicht sein kann – zumindest nicht seine weltanschauliche Komponente.

Bei der Suche nach einer Antwort ist die Globalstrategie ins Zentrum zu rücken – derjenige Ansatz der gesamtstaatlichen Außen- und Sicherheitspolitik, der die Welt als Ganzes ins Auge nimmt, sich auf Kontinente und Ozeane anstatt auf Nationalstaaten konzentriert und den man für die Zeit des Kalten Krieges gerne nur den beiden Supermächten zuschreibt. Erfunden worden ist dieses globale strategische Denken aber bereits im frühen 19. Jahrhundert in

---

<sup>3</sup> Vgl. z.B. Bernard Porter, *The Lion's Share. A Short History of British Imperialism*, 3. Aufl. Harlow (Essex) 1996, S. 316–321; Ronald Hyam, Bureaucracy and 'Trusteeship' in the Colonial Empire, in: *The Oxford History of the British Empire*, Bd. 4: *The Twentieth Century*, Oxford 1999, S. 255–279, bes. S. 265–278.

Großbritannien, und noch in der Mitte des 20. Jahrhunderts prägte es die Weltsicht der britischen Außen- und Sicherheitspolitik. Nur im Kontext globalen strategischen Denkens wird klar, was Malaya und Kenya in der Tat gemeinsam haben: Sie waren strategische Außenposten des britischen Bündnissystems und damit implizit der westlichen Welt, in derjenigen Weltgegend, die Großbritannien in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg noch als seinen eigenen Hinterhof betrachtete; der Region, in der es gemeinsam mit den verbündeten USA für die Aufrechterhaltung von Frieden, Stabilität und Sicherheit zuständig war und in der die scheidende Kolonialmacht immer noch unbestritten eine Weltmacht war – der Indische Ozean und die ihn umgebenden Länder, Ostafrika, der Mittlere Osten, Süd- und Südostasien.

## 2. Globalstrategie und die Verteidigung der Indikregion

Im außen- und sicherheitspolitischen Denken Großbritanniens war die Umgebung des Indischen Ozeans – bekannt als „East of Suez“ – von jeher eine politische und strategische Einheit. Indien war das Zentrum, in vieler Hinsicht die alleinige Existenzberechtigung des Imperiums im Osten, waren doch beinahe alle anderen britischen Besitzungen in der Region, von Südafrika über Ägypten bis nach Singapur, ursprünglich als strategische Außenposten der Verteidigung Indiens erworben worden. Indien selbst trug die Eroberung und Verteidigung der Region durch seine gigantische Kolonialarmee mit, die oft größer als die metropolitane britische Armee war.

Die Unabhängigkeit Indiens von 1947 schien diesem System zunächst die Existenzberechtigung zu entziehen. In der Rückschau mag es anmuten, als ob dem Verlust des Zentrums die Aufgabe der Peripherie beinahe zwangsläufig folgen musste. Diese Sichtweise trägt aber dem Umstand nicht Rechnung, dass einerseits die selbst zugeschriebene Weltmachtrolle Großbritanniens auf formelle Kolonialherrschaft letztlich nicht angewiesen war und dass andererseits die aus ihr resultierende Verpflichtung auf die Verteidigung der westlichen Welt in der Indikregion vom Verlust Indiens jenseits praktischer militärischer Probleme weitgehend unberührt blieb.

Tatsächlich gelang den politischen und militärischen Eliten Großbritanniens nach dem Zweiten Weltkrieg beinahe mühelos eine partielle Umdefinition von Form und Zweck des Weltmachtanspruches – weg von der formellen Herrschaft über ein Viertel der Menschheit zurück zu der abstrakten Mission, Fortschritt, Friede, Stabilität und Wohlstand sowie die Freiheit der westlichen Welt global und im Bündnis mit den USA zu verteidigen. Im Grunde war dies die Rückkehr zur *white men's burden*. Für die Indikregion bedeutete es, dass Großbritannien mit oder ohne Indien der Hegemon blieb. Bündnissysteme und ausreichende militärische Mittel mussten sicherstellen, dass die scheidende Kolonialmacht ihrer Aufgabe weiterhin gerecht werden konnte.

Militärisch erforderte dies mobile Einsatzkräfte, Langstreckenbomber und Offenhaltung der Seewege, abgesichert durch eine Kette strategischer Stützpunkte. Für den Umgang mit kolonialen Unabhängigkeitsbestrebungen verlangte es ein differenziertes Vorgehen: Bei Flächenkolonien war die Aufrechterhaltung kolonialer Herrschaft zwar Priorität, aber letztlich nicht ausschlaggebend. Entscheidend war vielmehr, dass sie dem westlichen Bündnisystem erhalten blieben. Wenn dies nur durch die Gewährung der Unabhängigkeit zu erreichen war, so war eine solche Lösung einem völligen Verlust vorzuziehen. Ein anderes Maß galt für strategische Stützpunkte wie Singapur und Aden. Sie waren für die militärische Machtprojektion in der Region so entscheidend, dass Großbritannien sie auch notfalls gegen ihren Willen glauben behalten zu müssen.

Welche Rolle spielte der Kalte Krieg in diesem britischen Verteidigungssystem der Indikregion? Es war unübersehbar, dass eine, wenn nicht *die* militärische und politische Hauptbedrohung vom kommunistischen Block ausging, und tatsächlich bedeutete die Verteidigung der westlichen Welt im Osten für die Zeitgenossen in erster Linie die Verteidigung der Bündnispartner gegen den Kommunismus. Entscheidend ist aber, dass sich durch die Natur dieser Bedrohung für das strategische Szenario – ganz anders als in Europa – im Grunde nichts änderte. Die globalen strategischen Parameter der Indikregion waren zuerst durch die Geographie diktiert, die von der Identität des möglichen Kriegsgegners unabhängig war. Wenn überhaupt, dann hatten der Kalte Krieg und die moderne Waffentechnik die globale Bedeutung der Region erhöht. Mit Langstreckenatombombern war eine vitale Bedrohung der Sowjetunion von Basen im Nahen und Mittleren Osten aus möglich, Basen, die einen Großkrieg in Europa überleben konnten und damit eine garantierte Zweitschlagskapazität sicherten. Lufttransport machte Pläne einer luftbeweglichen strategischen Reserve für Krisen im südasiatisch-ostafrikanischen Raum plausibel.

Auch die Gefahr kommunistischer Subversion – für die Kolonien zu Recht als besonders anfällig galten – fügte der britischen Sicherheitsplanung für die Indikregion keine wesentlich neuen Parameter hinzu. In kolonialen Krisen ging es letztlich um die Wiederherstellung von Recht und Ordnung, und dabei konnte die britische Armee aufgrund ihrer reichhaltigen Erfahrung mit Kolonialkriegen nicht ganz zu Unrecht auf ihre erprobten Rezepte verweisen, deren Anwendbarkeit von der Frage, ob ein Aufstand kommunistischer Natur war, relativ unberührt blieb. Die stärkere Berücksichtigung der politischen Komponente, das *winning the hearts and minds* im Rahmen so genannter *counterinsurgencies*,<sup>4</sup> war lediglich eine allgemeine Anerkennung der Notwendigkeit, auf die für Kolonialfragen sensibler gewordene Weltöffentlichkeit Rücksicht zu nehmen. Kurz: Die Verteidigung der Indikregion war für Großbritannien ein konventionelles Problem großräumiger Strategie, dem der Kalte Krieg ledig-

lich eine zusätzliche äußere Rechtfertigung hinzufügte.<sup>5</sup> Dies war der Hintergrund für die Krisen der 1950er in Malaya und Kenya.

### 3. Die *Emergency* in Malaya 1948–1960

Wie manch andere Kolonie am Rande des Indischen Ozeans war Malaya ursprünglich ein strategischer Außenposten.<sup>6</sup> Es sicherte die Straße von Malakka und die zentrale Flottenbasis Singapur, das Gibraltar des Ostens. Zwar erlagen beide Kolonien im Dezember 1941 recht schnell der japanischen Invasion, aber Indien fiel nicht. Nach der japanischen Kapitulation im August 1945 hatten die britische Armee und Verwaltung zunächst keine wesentlichen Schwierigkeiten, die Herrschaft in Malaya wieder aufzurichten. Die traditionellen Herrscher der Einzelstaaten kollaborierten, eine malayische Nationalbewegung gab es noch nicht, und die ethnisch vornehmlich chinesischen Kommunisten hatten auf britischer Seite gegen die japanische Besatzung gekämpft. Als bestorganisierte politische Kraft erwarteten sie daher auch zu Recht eine wichtige politische Rolle in Nachkriegsmalaya und waren zur Kooperation bereit.<sup>7</sup>

Die chinesischstämmige Basis der kommunistischen Bewegung war kein Zufall. Ethnische Konfliktlinien spielten in Malaya eine wesentliche Rolle, unter anderem 1946 im Scheitern des britischen Versuches, die malayischen Staaten in einer Union mit gleicher Staatsbürgerschaft für alle Ethnien zusammenzufassen, und in der aus dem malaiischen Widerstand dagegen resultierenden Gründung einer nationalistischen malaiischen Partei, der United Malays National Organization (UMNO). Chinesen waren in Malaya weiterhin Bürger minderen Rechts, wofür unter anderem Sozialneid verantwortlich war, da Chi-

<sup>4</sup> Thomas Mockaitis, *British Counterinsurgency, 1919–60*, London 1990; Ian F. Beckett, *Modern Insurgencies and Counter-Insurgencies. Guerrillas and their Opponents since 1750*, London 2001; Tim Jones, *Postwar Counterinsurgency and the SAS 1945–1952. A Special Type of Warfare*, London 2001. Für eine konventionelle Perspektive zum Thema Aufstandsbekämpfung vgl. Michael Dewar, *Brush Fire Wars. Minor Campaigns of the British Army since 1945*, überarb. Ausg. London 1987.

<sup>5</sup> Als Einführungen zur britischen Auffassung der eigenen Rolle östlich von Suez nach 1945 vgl. v.a. Phillip Darby, *British Defence Policy East of Suez 1947–1968*, London 1973; David Sanders, *Losing an Empire, Finding a Role. An Introduction to British Foreign Policy since 1945*, New York 1989; John Kent, The Egyptian Base and the Defence of the Middle East, 1945–54, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 21 (1993), S. 45–65.

<sup>6</sup> Die besten Gesamtgeschichten der *Emergency* in Malaya sind: Anthony Short, *The Communist Insurrection in Malaya, 1948–1960*, London 1975; Richard Stubbs, *Hearts and Minds in Guerilla Warfare. The Malayan Emergency 1948–1960*, Oxford 1989. Der folgende Abschnitt basiert wesentlich auf beiden Darstellungen.

<sup>7</sup> Stein Tønnesson, Filling the Power Vacuum. 1945 in French Indochina, the Netherlands East Indies and British Malaya, in: Hans Antlöv/Stein Tønnesson (Hg.), *Imperial Policy and South-East Asian Nationalism, 1930–1957*, Richmond (Surrey) 1995, S. 110–143.

nesen häufig wirtschaftlich erfolgreicher waren als Malaiien.<sup>8</sup> Aufgrund einseitiger Prioritätensetzung der britischen Verwaltung zugunsten schneller Rentabilität erholte sich die malayische Wirtschaft nur langsam von den Kriegsfolgen, was die Spannungen ebenfalls verschärfte. Hinzu kam zunehmende Alltagsgewalt zwischen Chinesen und Malaiien. Als Folge all dessen war Malaya 1948 von tiefgreifenden sozialen, politischen und ethnischen Verwerfungen sowie einem massiven Vertrauensverlust der neuen (alten) Herrscher in der Bevölkerung geprägt. In der Rückschau erscheint es so, als ob für einen Bürgerkrieg nur der Funke am Pulverfass fehlte.<sup>9</sup>

Dieser Funke bestand in einer Machtverschiebung innerhalb der Kommunistischen Partei (Malayan Communist Party, MCP) zugunsten des radikalen Elements, die zusammentraf mit der Nachricht, dass im Februar 1948 die Kominternkonferenz in Kalkutta den bewaffneten Kampf gegen den Imperialismus befürwortet hatte. Im Mai beschloss die MCP-Führung den offenen Aufstand, hatte allerdings große Schwierigkeiten, die landesweit ausbrechende wilde Gewalt bewaffneter Banden unter Kontrolle zu behalten, zumal die Regierung postwendend im Juni den Ausnahmezustand erklärte und praktisch die gesamte kommunistische Führungselite verhaftete. Dann aber gewannen die Insurgenten als Folge der brutalen Repressionspolitik der Regierung wieder an Boden. Bis 1951 wurde die *Emergency* im Wesentlichen als Polizeiaktion mit Armeeunterstützung betrieben. Misshandlungen, Folter, sogar Tötungen von Verdächtigen waren an der Tagesordnung. Angesichts der ethnischen Zusammensetzung der MCP waren beinahe alle Chinesen erst einmal verdächtig, zumindest mit dem Aufstand zu sympathisieren. Kollektivstrafen und die hoffnungslose Wirtschaftslage unterhöhlten die Position der Regierung und verschafften den Insurgenten Zulauf.

Allerdings hatte die MCP einige entscheidende strukturelle Schwächen. Aufgrund der japanischen und dann der britischen Repressionsmaßnahmen war der größte Teil der erfahrenen Führer bereits vor der *Emergency* ausgeschaltet. Unterschiedslos angewandte terroristische Gewalt der Aufständischen verprellte die unentschiedene Landbevölkerung ebensowohl wie die Repressionskampagne der Regierung. Vor allem aber gelang es der ethnisch chinesischen MCP – trotz des programmatischen Namens ihres bewaffneten Arms, der Malayan Races Liberation Army (MRLA) – nie, eine transethnische Unterstützungsbasis zu rekrutieren. Daher war es nicht überraschend, dass der Krieg politisch durch eine strategische Allianz der Briten mit moderaten malaiischen

<sup>8</sup> Im Englischen kennzeichnet „Malay“ die ethnische Zugehörigkeit, „Malayan“ die staatliche. Im Deutschen kann dieser Unterschied durch „Malaie/malaiisch“ (ethnisch) und „Malaye/malayisch“ (staatlich) wiedergegeben werden.

<sup>9</sup> Vgl. Stubbs, *Hearts and Minds* (Anm. 6), S. 10-48; zur dörflichen Alltagsgewalt vgl. auch Anders Tandrup, *World War and Village War. Changing Patterns of Rural Conflict in Southeast Asia, 1945–1955*, in: Antlöv/Tonnesson, *Imperial Policy* (Anm. 7), S. 170-190.

Nationalisten gewonnen wurde. Zusätzlich unternahm die Regierung große Anstrengungen, auch und gerade die Chinesen auf ihre Seite zu bringen. Schon 1949 wurde die Malay Chinese Association (MCA) ins Leben gerufen, eine Partei, die gemäßigte Chinesen für eine politische Lösung gewinnen sollte und im Bündnis mit der UMNO bald eine zentrale Rolle in der malayischen Politik spielte. Auch wurde die Einbürgerung von Chinesen erleichtert. All dies lief auf eine malaiisch dominierte Nation mit eingeschränkter Partizipation anderer Ethnien hinaus.

Der Preis, den die Briten für die Unterstützung der gemäßigten indigenen Kräfte zahlten, war die Unabhängigkeit. Malaya war kein unverzichtbarer Militärstützpunkt wie Singapur, aber strategisch für die Verteidigung der freien Welt in der Indikregion so wichtig, dass es auf keinen Fall dem Kommunismus anheimfallen durfte. Die britische Herrschaft gegen den Willen der Malayan aufrechterhalten zu wollen – um den Preis eines langwierigen Bürgerkrieges – konnte im Falle des Scheiterns aber genau diese Folge haben. In jedem Falle hieß die Verweigerung der Unabhängigkeit, dem Gegner mit der nationalen Karte einen Trumpf zuzuspielen.<sup>10</sup>

Die Erkenntnis, dass der Konflikt in Malaya nur politisch zu gewinnen war, brauchte allerdings ihre Zeit. Erst 1951/52 begann London direkteren Einfluss in dieser Richtung auszuüben. Im Rahmen eines *Counterinsurgency*-Programmes wurden sukzessive Maßnahmen eingeführt, die die Basis der MRLA in der Zivilbevölkerung untergraben sollten. Militärisch hieß das: einheitliches Kommando, zuverlässigere und zielgerichtete Nachrichtenbeschaffung, eine Taktik kleiner Stoßtrupps gegen identifizierte Ziele statt des meist ergebnislosen Durchkämmens größerer Flächen auf Verdacht. Militärische wie politische Bedeutung hatte die Umsiedlung der Zivilbevölkerung von den Dschungelrändern in so genannte neue Dörfer (*new villages*), wo sie strikter Kontrolle unterworfen wurden, um Kontakt mit den Insurgenten im Dschungel zu unterbinden. Da die Zwangsmigration bei den Betroffenen meist unbeliebt war, bedurfte es zusätzlicher Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen, um ihr Vertrauen in die Regierung zu stärken. Der Koreakrieg erwies sich hier als Glücksfall. Der explodierende Bedarf der Kriegswirtschaft an Zinn und Gummi – Malayas Hauptexportgütern – verbesserte die Wirtschaftslage massiv und erhöhte den Rückhalt der Regierung in der Bevölkerung. Politisch effektiv war auch die Einteilung des Landes in unterschiedlich behandelte Zonen. Wo die Bevölkerung die Insurgenten zu unterstützen schien, wurden die unter der *Emergency* möglichen Beschränkungen in vollem Umfang aufrechterhalten, während sie in Gegenden, wo die Zivilbevölkerung mit der Regierung zusammenarbeitete, wegfielen. Flankierend wurden Propaganda und

---

<sup>10</sup> A.J. Stockwell, *Insurgency and Decolonisation During the Malayan Emergency*, in: *Journal of Commonwealth & Comparative Politics* 25 (1987), S. 71-81.

psychologische Kriegführung eingesetzt. Amnestieangebote führten wiederholt zur massenhaften Kapitulation von Aufständischen.<sup>11</sup>

Die wichtigste politische Maßnahme aber war der Weg zur Unabhängigkeit. Die politische Partizipation der Bevölkerung wurde durch die Gründung von UMNO und MCA sowie durch die Aufnahme gewählter Vertreter in die Staatsparlamente ausgebaut. Der Weg der Kooperation war mitunter steinig; die Regierung erwartete von ihren indigenen Partnern Unterstützung bei der Niederschlagung des Aufstandes als *quid pro quo* für politische Partizipation. UMNO und MCA hingegen erkannten, dass es einer erkennbaren Bereitschaft der Briten bedurfte, sie in die Verantwortung einzubeziehen, um in der Bevölkerung Unterstützung zu rekrutieren. Auf Dauer allerdings sorgte die Dynamik des politischen Prozesses dafür, dass die beiden Parteien zu effektiven Mittlern zwischen Briten und Malayen wurden. Sie setzten den Briten gerade genug Widerstand entgegen, um in den Augen der Wählerschaft glaubwürdige Vorkämpfer für Freiheit und Unabhängigkeit zu bleiben, aber kooperierten ansonsten so weitgehend, dass Whitehall sich keine Sorgen über die Zukunft zu machen brauchte. In den nationalen Wahlen von 1955 trug das Bündnis von UMNO und MCA einen triumphalen Sieg davon.<sup>12</sup>

Malaya wurde 1957 schließlich unabhängig, drei Jahre vor dem offiziellen Ende der *Emergency* und Jahrzehnte früher als ursprünglich vorgesehen. Der britische Einfluss im Dekolonisationsprozess beschränkte sich weitgehend darauf, den Kommunisten die Macht zu verweigern; die lokalen Akteure kontrollierten spätestens seit 1955 Verlauf und Geschwindigkeit.<sup>13</sup> Das britische Kriegsziel aber war erreicht – der kommunistische Aufstand war niedergeschlagen und Malaya auf den Weg zu einem politischen System im weitesten Sinne westlichen Zuschnitts gebracht. Der neue Staat (wie auch Malaysia, in dem er 1961 aufging) blieb ein Teil des britischen Bündnissystems und damit nach wie vor ein Stützpfiler der Verteidigung der Indikregion. Großbritannien half beim Aufbau von eigenen Streitkräften, eine britische Brigade blieb in Malaya stationiert, und auf Jahre hinaus hatten britische Offiziere hohe Kommandos in der malayischen Armee inne.<sup>14</sup>

<sup>11</sup> Zur Counterinsurgency-Kampagne in Malaya vgl. u.a. John Coates, *Surpressing Insurgency. An Analysis of the Malayan Emergency, 1948–1954*, Boulder, CO, 1992; Mockaitis, *British Counterinsurgency* (Anm. 4), S. 112-124; Raffi Gregorian, „Jungle Bashing“ in Malaya. Towards a Formal Tactical Doctrine, in: *Small Wars and Insurgencies* 5 (1994), S. 338-359; Jones, *Postwar Counterinsurgency* (Anm. 4), S. 80-137. Zur Amnestiepolitik vgl. Kumar Ramakrishna, Content, Credibility and Context. Propaganda Governments Surrender Policy and the Malayan Communist Terrorist Mass Surrenders of 1958, in: *Intelligence and National Security* 14 (1999), S. 242-266.

<sup>12</sup> Die beste Einführung zum politischen Kontext gibt Stubbs, *Hearts and Minds* (Anm. 6), Kap. 7.

<sup>13</sup> Karl Hack, *Screwing Down the People. The Malayan Emergency, Decolonisation and Ethnicity*, in: Antlöv/Tønnesson, *Imperial Policy* (Anm. 7), S. 83-109.

<sup>14</sup> Robert Thompson, *Make for the Hills. Memories of Far Eastern Wars*, London 1989, S. 109-115.

#### 4. Die *Emergency* in Kenya 1952–1960

Wie Malaya war auch Kenya ursprünglich im strategischen Kontext der weiträumigen Verteidigung Britisch-Indiens erworben worden. Das Ende der 1890er gegründete Protektorat sicherte den Zugang zu den Nilquellen, deren Kontrolle für die Sicherheit Ägyptens und des Suezkanals als unverzichtbar galt.<sup>15</sup> Damit enden aber die Ähnlichkeiten. Anders als Malaya war Kenya im Zweiten Weltkrieg nicht besetzt worden. In den 1940ern wurde die Agrarproduktion massiv erhöht und trug in hohem Maße zu den Kriegsanstrengungen bei. Anders als in Malaya gab es in Kenya unter der indigenen Bevölkerung keine zahlenmäßig dominante Gruppe mit einem quasi automatischen Führungsanspruch und keine starke Nationalbewegung. Anders als Malaya kannte Kenya zwar ethnisch basierte politische Bewegungen, aber kein entwickeltes Parteiensystem – speziell keine erwähnenswerte kommunistische Bewegung.

Vor allem aber gab es in Kenya europäische Siedler. Zwar waren sie demographisch nur eine winzige Minderheit, die dicht konzentriert in den so genannten White Highlands lebte. Sie waren jedoch wohlhabend und einflussreich, und obwohl ihre Besitzungen nur einen kleinen Teil der Gesamtfläche Kenyas ausmachten, kontrollierten sie den größten Teil des fruchtbaren Bodens der Kolonie. Die Afrikaner hingegen, speziell die Kikuyu, die dem Hochland am nächsten lebten, waren in oft slumartigen Reservaten zusammengepfercht. Dass die Siedler offenbar außerstande waren, ihre riesigen Güter sinnvoll zu bewirtschaften, machte ihren exklusiven Anspruch auf das Hochland besonders irritierend. Dennoch waren sie wegen ihrer dominanten Position in Gesellschaft und Politik der Kolonie kaum zu übergehen. Ein Versuch, die Siedlerdominanz durch eine Union mit Uganda und Tanganyika auszuhebeln, war gescheitert. Die Gentlemen-Siedler hatten auch einflussreiche Freunde in London, nicht zuletzt weil das archetypische Bild einer kleinen Gemeinschaft von Weißen, die die Fahne europäischer Werte in einem Meer heidnischer Rückständigkeit hochhielten, die beinahe reflexhafte Unterstützung konservativer Eliten im Mutterland abzurufen vermochte. Die Siedler einfach afrikanischer Mehrheitsherrschaft auszuliefern war noch in den 1950ern undenkbar – und dann gab der Kalte Krieg der Kolonie eine neue Existenzberechtigung.

Der Verlust Indiens brachte zwar keine entscheidende Verringerung der britischen militärischen Verpflichtungen in der Region, bedeutete aber den Wegfall einer gigantischen Kolonialarmee samt Reservepotenzial und günstig gelegenen Stationierungsraum. Afrika schien die Lösung für diese Probleme zu sein. Pläne für eine afrikanische Kolonialarmee zum Einsatz im gesamten Em-

<sup>15</sup> Ronald Robinson/John Gallagher/Alice Denny, *Africa and the Victorians. The Official Mind of Imperialism*, London 1961.

pire-Commonwealth wurden aus verschiedenen Gründen nicht verwirklicht.<sup>16</sup> Zumal nach dem Verlust Palästinas und der Suezkanalzone blieb jedoch die Notwendigkeit für eine sichere Basis in der Indikregion, die sich für die Stationierung und Ausbildung der geplanten mobilen strategischen Reserve eignete. Kenya stand auf einer kurzen Liste möglicher Stationierungsorte ganz oben. Eine starke britische Militärpräsenz würde die Siedler schützen und Londons Entschlossenheit unterstreichen, Kenya nicht aufzugeben. Solchermaßen gestärkt, würde Kenya für neue Siedler und für Kapitalinvestitionen attraktiver werden. Strategisch lag Kenya für Militäreinsätze in der Indikregion weniger zentral als Indien, aber dies ließ sich durch Lufttransport lösen. Eine Marinebasis in Mombasa konnte die Seewege zumindest im westlichen Indischen Ozean sichern. Vor allem aber konnten Flugplätze in Kenya die Luftverbindungen nach Osten herstellen und als strategische Basen für Angriffe auf die Südflanke des Warschauer Paktes fungieren.<sup>17</sup> Dies war die Utopie eines Kenya als permanentem Außenposten des Westens in der Indikregion. Eine Aufrechterhaltung der weißen Minderheitsherrschaft war damit aber keineswegs zwingend verbunden. Die offizielle Vision des Kolonialamts sah vielmehr ein ethnisch übergreifendes Gemeinwesen vor, in das die europäischen Siedler den „Stahlrahmen“ (steel frame) von Stabilität, Erziehung und Wohlstand einbrachten, während die Afrikaner mittelfristig auf volle politische Partizipation vorbereitet wurden. Die afrikanischen Eliten Kenyas hatten in diesem Punkt andere Pläne.

Dennoch wurde in Kenya im Kern kein Herrschaftskonflikt ausgetragen, sondern ein sozialer. An seiner Wurzel lag der zunehmende Druck der europäischen Siedler, die traditionell gegen Natural- und Arbeitsleistungen auf ihrem Land geduldeten afrikanischen Squatter zu vertreiben bzw. zur Annahme von unterbezahlter Lohnarbeit zu zwingen. Eine auf kommunaler Zwangsarbeit basierende Meliorationskampagne der Regierung für afrikanisches Land, die gleichzeitig Afrikaner daran hinderte, mit europäischen Farmern auf dem freien Markt zu konkurrieren, verstärkte nach 1945 die Unzufriedenheit unter der afrikanischen Landbevölkerung, erneut speziell unter den Kikuyu. Ein Unruheherd waren auch die Slums von Nairobi, die später zum Kommunikationszentrum des Aufstandes wurden.

In dieser sozial brisanten Situation versäumte es die Regierung, politischen Rückhalt in der afrikanischen Bevölkerung zu rekrutieren. Die vor allem in der Kenyan African Union (KAU) organisierten protokapitalistischen Eliten wären durchaus zur Kooperation bereit gewesen. Aber die einem sozialromantisch-

---

<sup>16</sup> David Killingray, The Idea of a British Imperial African Army, in: *Journal of African History* 20 (1979), S. 421-436.

<sup>17</sup> Hilda Nissimi, Illusions of World Power in Kenya. Strategy, Decolonization, and the British Base, 1946-1961, in: *International History Review* 23 (2001), S. 824-846; generell Darby, *British Defence Policy* (Anm. 5), Kap. 1-3.

ländlichen Kolonialismuskonzept verpflichtete Regierung misstraute ihnen und der KAU, zu deren Führern Jomo Kenyatta zählte, der spätere Präsident Kenyas. Sie stützte sich vor allem auf die „traditionellen“ Häuptlinge (Chiefs), die ihre Machtstellung von den progressiven Eliten bedroht sahen. Es ergab sich ein komplexes Konfliktmuster: Die Chiefs verloren durch ihre Unterstützung der Meliorationskampagne in afrikanischen Augen ihre Glaubwürdigkeit und damit ihre Nützlichkeit für die Regierung, die es zugleich versäumte, über den gemäßigten Flügel der KAU Einfluss auf die afrikanische Politik zu nehmen. So verzichtete sie auf jede Chance, die berechtigten Anliegen der aufstiegsorientierten Eliten wie auch der landlosen Kikuyu aufzugreifen, die radikalen afrikanischen Politiker zu isolieren und die Unentschlossenen auf ihre Seite zu ziehen. Als Folge radikalisierte sich die afrikanische Politik, vor allem unter den Kikuyu. Gewalttätige Übergriffe gegen Besitz, dann auch gegen afrikanische Chiefs und europäische Siedler nahmen ab 1949 sprunghaft zu.

1952 wurde klar, dass die Regierung die Kontrolle über das Land verlor. In den Wäldern am Mount Kenya und in den Aberdares entstand ein Kern von Guerillakämpfern, die zum Rückgrat einer landesweiten bewaffneten Widerstands- und Terrorkampagne unter dem ominösen Namen „Mau Mau“ wurden. Den Siedlern gelang es unschwer, die ohnehin jeder politischen Aktivität von Afrikanern misstrauende Regierung zu überzeugen, dass die KAU nur eine Tarnorganisation des bewaffneten Widerstands war. Unter dem Druck der Siedler griff die Regierung in einer defensiven Überreaktion zu einem Rundumschlag nicht nur gegen die Aufständischen, sondern gegen jedwede indigene politische Aktivität. Im Oktober 1952 wurde mit Genehmigung des Kolonialamts der Ausnahmezustand erklärt. Alle politischen Organisationen der Kikuyu wurden strikter Kontrolle unterworfen, und KAU-Funktionäre wurden verhaftet, um so Mau Mau zu „enthaupten“ (decapitate). Dadurch fielen alle mäßigenden politischen Faktoren in der afrikanischen Politik weg, was eindeutig kontraproduktiv war.

Die latente Furcht der Siedler vor der indigenen Bevölkerung führte nun, unter dem Mantel des Ausnahmezustandes, zur massenhaften Vertreibung der verbleibenden Afrikaner aus dem Hochland in die Reservate und stärkte so das radikale Potenzial. Während Mau Mau unter direkter Gewaltdrohung Anhänger rekrutierte, bot die Regierung keine ernsthafte Alternative.<sup>18</sup> Vielmehr schien sie mit der Unterstützung der Siedler und der Unterdrückung des politischen Lebens der Kikuyu alles zu tun, um immer mehr Afrikaner in den offenen Widerstand zu treiben. Wie in Malaya jeder (ländliche) Chinese, so war in Kenya zunächst jeder Kikuyu zumindest der Unterstützung für Mau Mau ver-

<sup>18</sup> David Throup, *Economic & Social Origins of Mau Mau 1945–53*, London 1988; Tabitha Kanogo, *Squatters and the Roots of Mau Mau 1905–63*, London 1987; Frank Furedi, *The Mau Mau War in Perspective*, London 1989; Wunyabari O. Maloba, *Mau Mau and Kenya. An Analysis of a Peasant Revolt*, Bloomington, IN, 1998.

dächtig; oft resultierte schon der Verdacht in Verhaftung, Folter und sogar Mord. Mau Mau wuchs schnell: 1953 entstand aus isolierten Widerstandsnestern eine regelrechte Guerillaarmee, die zur Offensive überging. London musste die Truppen in Kenya wiederholt verstärken, am Ende auf 42.000 Mann. Zwar stand nie außer Frage, dass die Regierung den bewaffneten Kampf letztlich gewinnen würde, aber durch ihre Weigerung, die Niederlage zu akzeptieren, schienen die Insurgenten den politischen Sieg davonzutragen.

Ab 1954 gingen die Briten zur Gegenoffensive über. Wie in Malaya erwiesen sich zielgerichtete Nachrichtenbeschaffung, einheitliches Kommando und unkonventionelle Taktik als ausschlaggebend für den militärischen Erfolg. Wie in Malaya begann die Armee, den Aufständischen den Rückhalt im Lande zu entziehen. In einer Großoperation wurde im Frühjahr 1954 die Mau-Mau-Organisation in den Slums von Nairobi zerschlagen, dem Knotenpunkt des Netzwerks. Dann marschierte die Armee in die Reservate der Zentralprovinz ein und unterband die Nachschub- und Kommunikationswege, durch die der passive Flügel von Mau Mau die Guerilleros in den Wäldern unterstützte. Wie in Malaya wurde ein Umsiedlungsschema angewandt: Loyale Afrikaner wurden unter dem Schutz der Regierung in „neuen Dörfern“ konzentriert, während Dorfgemeinschaften, die die Insurgenten zu unterstützen schienen, Kollektivstrafen unterworfen wurden. Ende 1954 war die Aufstandsbewegung auf die Waldgebiete selbst reduziert. Die Ausschaltung des harten Kerns der Insurgenten erwies sich als unerwartet schwierig, war aber nur eine Frage der Zeit. Im November 1956 war der Mau-Mau-Aufstand praktisch vorbei, selbst wenn die *Emergency* erst im Januar 1960 offiziell für beendet erklärt wurde.<sup>19</sup>

Wie in Malaya war der militärische Sieg aber auch in Kenya undenkbar ohne flankierende politische Maßnahmen. Ausschlaggebend war die Entschlossenheit der Regierung, Mau Mau keinen glaubwürdigen Vertretungsanspruch für einen legitimen kenyanischen Nationalismus zuzugestehen. Es war unter diesem Aspekt ein Glücksfall, dass sich Mau Mau praktisch ausschließlich aus Kikuyu rekrutierte – eine strukturelle Schwäche ähnlich derjenigen der ethnisch chinesischen MCP. Da die Kikuyu den europäischen Siedlungszentren am nächsten lebten, waren sie von der Landknappheit am meisten betroffen, bildeten das Hauptziel der Squatter-Vertreibung und stellten die Mehrheit der aufstrebenden Eliten und der gemäßigten Politiker, also die natürlichen Kandidaten für den Führungsanspruch in einer kenyanischen Nationalbewegung.

<sup>19</sup> Zur Counterinsurgency-Kampagne in Kenya siehe Anthony Clayton, *Counterinsurgency in Kenya 1952/60* (sic), Nairobi 1976; Robert B. Edgerton, *Mau Mau. An African Crucible*, New York 1989; Maloba, *Mau Mau* (Anm. 18), Kap. 4-6; Frank Furedi, Kenya. Decolonization through counter-insurgency, in: Anthony Gorst/Lewis Johnman/W. Scott Lucas (Hg.), *Contemporary British History, 1931–1961. Politics and the Limits of Policy*, London 1991, S. 141-168; Randall W. Heather, Intelligence and Counter-Insurgency in Kenya, 1952–56, in: *Intelligence and National Security* 5 (1990), S. 57-83.

Aus diesen Gründen misstrauten ihnen so ziemlich alle anderen indigenen ethnischen Gruppen ohnehin. Es war daher nicht schwer, Mau Mau als tribale Bewegung hinzustellen, die in keiner Weise das gesamte Kenya repräsentiere. Diese ethnische Isolierung von Mau Mau wurde zu einem Hauptziel der Regierungspropaganda, und entsprechend gelang es Mau Mau (wie der MCP) nie, eine wirksame transethnische Unterstützungsbasis zu rekrutieren.

Spät wurde der Regierung schließlich doch noch klar, dass sie afrikanische Verbündete brauchte (auch dies eine Parallele zu Malaya). 1955 wurde afrikanische politische Aktivität wieder zugelassen, um eine gemäßigte politische Elite zu schaffen. Mit der Kenya African National Union (KANU) und der Kenya African Democratic Union (KADU) entstanden zwei neue Parteien, die (wie UMNO und MCA) durch Jahre der Kooperation die Briten von ihrer Regierungsfähigkeit überzeugten. Gleichzeitig wurden die Beschränkungen, denen afrikanische Wirtschaftstätigkeit und afrikanischer Landbesitz unterworfen waren, selbst im Hochland so weit gelockert, dass eine kapitalistische Elite entstehen konnte, die eine gemäßigte Politik unterstützte.

Als Kenya 1963 unabhängig wurde, stand außer Frage, dass das neue Land ein enger Freund und Verbündeter Großbritanniens bleiben würde. Die *Emergency* hatte die Herausforderung durch den militanten Flügel der landlosen Kikuyu beseitigt und die Siedler diskreditiert – die beiden größten Hindernisse für einen friedlichen Übergang zur nachkolonialen Herrschaft. Zwar war, anders als in Malaya, das Versprechen der Unabhängigkeit für die Niederschlagung des Aufstandes nicht ausschlaggebend gewesen, aber das Ende des Aufstandes hatte die Unabhängigkeit sowohl möglich als auch unvermeidlich erscheinen lassen und damit den Weg für eine kontrollierte Herrschaftsübergabe geebnet.<sup>20</sup> Auch militärisch war der Verlust Kenyas abgefedert: Großbritannien behielt einige seiner Stützpunkte, und bis zum heutigen Tag hat die britische Armee eine permanente Ausbildungseinrichtung in Kenya.<sup>21</sup>

## 5. Zum Charakter der Kriege

Die *Emergencies* in Kenya und Malaya waren nur an der Oberfläche klassische Kolonialkriege, in denen eine Kolonialmacht um die Etablierung oder Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft kämpfte. Beide Konflikte waren auch Bürgerkriege – geführt im einen Fall um die Vorherrschaft unter den Kikuyu und in der afrikanischen Politik Kenyas; im anderen Fall um die Macht in Malaya und den Führungsanspruch unter den malayischen Chinesen. Bei der *Emergency* in Kenya ging es ferner auch um die Stellung der weißen Siedler in Politik und

<sup>20</sup> Furedi, *Mau Mau War* (Anm. 18), Kap. 5-6.

<sup>21</sup> Nissimi, *Illusions* (Anm. 17), S. 845. Vgl. die offizielle Website der britischen Armee, v.a. <<http://www.army.mod.uk/aroundtheworld/ken/index.htm>>.

Wirtschaft des Landes. Die Mau-Mau-Insurgenten kämpften weniger gegen die Regierung als gegen den exklusiven Anspruch der Siedler auf das Hochland. In beiden Konflikten spielte Kollaboration mit der Kolonialregierung eine wesentliche Rolle. Zieht man allerdings ihren Charakter als Bürgerkriege zwischen den Beherrschten in Betracht, ergibt sich eine völlig andere Perspektive auf das Phänomen Kollaboration. Bestimmten Gruppierungen gelang es vermittels strategischer Bündnisse, die scheidende Kolonialmacht im Bürgerkrieg zwischen den Beherrschten praktisch auf ihrer Seite kämpfen zu lassen. Entsprechend waren es denn auch diese Gruppen, die vom Ausgang des Krieges profitierten.

Aber Kenya und Malaya – und damit zugleich die Kriege, die um sie geführt wurden – hatten politische und militärische Bedeutung weit über die Bedingungen vor Ort hinaus. Beide Besitzungen waren strategische Außenposten des Empire zur weiträumigen Verteidigung Indiens, und Globalstrategie war der wichtigste Grund ihrer anhaltenden Bedeutung für Großbritannien nach 1945. Der Verlust Indiens im Jahr 1947 machte sie paradoxerweise noch wichtiger. Malaya und Singapur bewachten weiterhin die Seewege nach Fernost, und Kenya sollte Indien als strategische Basis ablösen. Der Umstand, dass die militärischen Gegner in einem globalen Konflikt mit hoher Sicherheit die UdSSR und die VR China sein würden, machte das Festhalten an den Stützpunkten noch nicht zu einem Element des Kalten Krieges: Es war traditionelle Geostrategie großen Stiles. Malaya und Kenya hätten nichts von ihrer strategischen Bedeutung eingebüßt, wenn ein Zar in Moskau regiert hätte oder die Kuomintang in Peking.

Es ist nicht einmal wahrscheinlich, dass die Basen aufgegeben worden wären, wenn die Sowjetunion und Rotchina nicht als militärische Bedrohung aufgefasst worden wären. Für die Zeitgenossen existierte die Verpflichtung auf die Verteidigung von Frieden und Stabilität in der Indikregion unabhängig von der kommunistischen Bedrohung. Regionale Instabilität, wirtschaftliche Interessen und der Wille, eine Weltmacht zu bleiben, waren Gründe genug, die Fortschreibung der britischen Präsenz östlich von Suez nicht in Frage zu stellen. Der Kalte Krieg war allerdings eine willkommene Möglichkeit, diese fort-dauernde Präsenz gegenüber inneren und äußeren Kritikern zu rechtfertigen. Speziell die kommunistische Bedrohung aus dem Norden machte es wesentlich einfacher, die USA zur Anerkennung der Legitimität britischer Herrschaft und britischen Einflusses in der Indikregion zu motivieren.

Für die Konflikte in Malaya und Kenya war das aber nur der Hintergrund. In keinem der beiden Fälle gab es ja einen offenen Angriff seitens einer kommunistischen Macht. Der Kalte Krieg hatte dennoch Einfluss auf die beiden *Emergencies* – direkt in der Form tatsächlicher oder angeblicher kommunistischer Subversion; indirekt über das Stabilitäts- und das Glaubwürdigkeits-Paradigma. Mau Mau hatte überhaupt keinen kommunistischen Hintergrund.

Die MCP hingegen war natürlich eine kommunistische Partei. Jenseits einer realen oder nur vermeintlichen Ermutigung des bewaffneten Aufstandes durch die Komintern im Frühjahr 1948 ist es aber kaum sinnvoll, eine der beiden kommunistischen Weltmächte als Drahtzieher hinter der Insurrektion sehen zu wollen. Die geographische Situation Malayas – einer Halbinsel mit nur schmaler Verbindung zum Festland – verhinderte angesichts der Seeherrschaft der Royal Navy jede wirksame Unterstützung der MRLA selbst durch China, von der Sowjetunion ganz zu schweigen. Die Insurgenten waren praktisch von der Welt isoliert, und dass sie Kommunisten waren, war unter diesen Umständen für die militärische Situation belanglos.<sup>22</sup>

Wahrnehmung und Fakten fielen im Kalten Krieg in solchen Dingen allerdings weit auseinander. Bekanntlich stand in den 1950ern in der westlichen Welt innere Opposition stets unter dem Generalverdacht von Moskau ferngesteuerter kommunistischer Umtriebe. Mau Mau als Teil einer kommunistischen Weltverschwörung zu zeichnen war recht schwierig, obwohl manchen Zeitgenossen als Beweis genügte, dass Kenyatta schon einmal in Moskau gewesen war. Das unwahrscheinliche Konstrukt hatte einige Popularität in den USA und in Südafrika; London und Nairobi hingegen zogen es vor, Mau Mau als atavistische, tribale Bewegung zu charakterisieren, die keinen nationalen Vertretungsanspruch für die Afrikaner Kenyas beanspruchen konnte und erhöhter Aufmerksamkeit einer dem Kolonialismus nicht mehr günstig gestimmten Weltöffentlichkeit nicht wert war.

Im Hinblick auf Malaya war die Situation anders. Da die Aufständischen Kommunisten waren, war ein von einer kommunistischen Macht gelenkter Coup leicht plausibel zu machen. Es bleibt daher irritierend, dass London zögerte, mit dem Finger auf Moskau oder Peking zu zeigen. Ein Grund war, dass die Insurgenten Chinesen waren. Großbritannien stand 1949 kurz davor, die VR China anzuerkennen, und für diese Annäherung war es wenig hilfreich, China öffentlich die Schuld am Aufstand in Malaya zuzuschieben. Wichtiger noch: Den Eindruck zu erwecken, dass die MRLA in China einen starken Verbündeten habe, hätte die Insurgenten gestärkt und ihre Unterstützung durch unentschiedene malayische Chinesen wahrscheinlicher gemacht. Wie in Kenya fanden es die Kolonialregierung und London daher letztlich hilfreicher, die Rebellion als außenpolitisch isoliert hinzustellen.

Natürlich war dieser Kurs nicht in jedem Kontext nützlich. Während die offizielle Propaganda die MRLA als isolierte kriminelle Bande auszugeben versuchte, übertrieb daher gleichzeitig die malayische Regierung gegenüber Whitehall die kommunistische Prägung des Aufstandes, um Mittelzuweisungen für die Niederschlagung zu erreichen. London wiederum war aus bünd-

<sup>22</sup> Robert Thompson, *Defeating Communist Insurgency. Experiences from Malaya and Vietnam*, London 1966, S. 19; Beckett, *Modern Insurgencies* (Anm. 4), S. 98.

nispolitischen Gründen sehr daran gelegen, den USA klarzumachen, dass der Kampf gegen die „kommunistischen Terroristen“ Malayas eine genuine Front des Kalten Krieges sei.<sup>23</sup>

Die Paradigmen, die beide Konflikte für Großbritannien letztlich zu einem Problem des Kalten Krieges machten – die Sorge um Stabilität in der Region und Glaubwürdigkeit in der Welt – standen beide nicht notwendig in direkter Beziehung zu einer tatsächlichen oder vermeintlichen kommunistischen Unterwanderung. Zwar war die Befürchtung weit verbreitet, längerdauernde politische Instabilität oder wirtschaftliche Schwäche würden eine überseeische Besitzung anfällig für kommunistische Expansion oder Subversion machen, so dass Stabilität und Prosperität die Schlüssel zur Eindämmung des Weltkommunismus seien. Das Stabilitätsproblem war letztlich aber nicht auf *kommunistische* Bedrohungen beschränkt. Anhaltende Instabilität in einem Drittweltland konnte Großbritannien, der Hegemonialmacht der Indikregion, auf keinen Fall gleichgültig sein. Unruhen im Persischen Golf etwa konnten die Ölversorgung des Westens unabhängig von ihrer tieferen Ursache gefährden.

Die Frage der Glaubwürdigkeit war ein komplexeres Problem. In einem gegebenen Konflikt hieß Glaubwürdigkeit zunächst, stark genug zu erscheinen, um Kollaborateure zu schützen, Unentschlossene auf die eigene Seite zu ziehen und den Insurgenten entschieden entgegenzutreten. Diese Stärke konnte aber leicht als Wille zur unbefristeten Aufrechterhaltung der Kolonialherrschaft missverstanden werden und so nicht nur diejenigen vor den Kopf stoßen, die man doch gewinnen wollte (die unentschlossene Bevölkerungsmehrheit), sondern auch Großbritannien bei seinen Verbündeten in Misskredit bringen. Die größte Gefahr war darüber hinaus, dass Verweigerung der Unabhängigkeit eine Kolonie dem gegnerischen Block in die Arme treiben konnte.

Dies war die tiefere Logik der auf den ersten Blick paradoxen Entscheidung, einen Kolonialkrieg *für* die Dekolonisation zu führen. In den *Emergencies* bewies Großbritannien, dass es ein glaubwürdiger Verteidiger der Freiheit der westlichen Welt war, dass es ein Land nicht in Anarchie geraten und letztlich Moskau in den Schoß fallen lassen würde. Gleichzeitig aber war Großbritannien gezwungen, auch als glaubwürdiger Förderer kolonialer Entwicklung und Selbstregierung zu erscheinen. Aus diesem Grunde übernahm London die Regie, sobald klar wurde, dass die *Emergencies* nicht schnell und problemlos beizulegen waren, und setzte politische Ziele, die letztlich auf einen friedlichen Übergang zur Unabhängigkeit hinausliefen.<sup>24</sup> Es ist unwahrscheinlich, dass in einer Welt ohne zwei kommunistische Weltmächte Großbritannien seine Ko-

<sup>23</sup> A.J. Stockwell, ‚A widespread and long-concocted plot to overthrow government in Malaya? The Origins of the Malayan Emergency, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 21 (1993), S. 66-88; Susan L. Carruthers, *Winning Hearts and Minds. British Governments, the Media and Colonial Counter-insurgency 1944–1960*, London 1995, bes. S. 75-87, S. 144-150; als typische zeitgenössische Perspektive: Thompson, *Defeating Communist Insurgency* (Anm. 22).

lonien viel länger hätte halten können. Der Nationalismus in den Kolonien erzwang die Dekolonisation, nicht der Kalte Krieg und der Kommunismus. Es ist ebenso unwahrscheinlich, dass ohne die ideologische Front des Kalten Krieges die Unabhängigkeit früher gekommen wäre. Eine sozial und politisch für London akzeptable postkoloniale Ordnung wäre auch in einer multipolaren Welt die Vorbedingung für die Dekolonisation gewesen. Denkbar ist hingegen, dass ohne den Kalten Krieg die britische Öffentlichkeit ein fortdauerndes Engagement in der Dritten Welt weniger lang unterstützt hätte und dass auch die USA und die öffentliche Meinung der westlichen Welt den Fortbestand kolonialer Herrschaft nicht so leicht bis in die 1960er toleriert hätten.

Die *Emergencies* in Kenya und Malaya waren das Produkt des britischen Versuches, die Parameter der Weltmachtrolle über die Epoche formeller Kolonialherrschaft hinaus fortzuschreiben. Nicht Aufrechterhaltung der Kolonialherrschaft war das Kriegsziel, sondern die fortdauernde Integration der Besitzungen in das westliche Bündnis- und Wertesystem. Der Hintergrund war großräumiges strategisches Denken, der Kalte Krieg nur insofern Folie für den Konflikt, als er den alten strategischen Parametern eine neue Aktualität und Dringlichkeit verlieh und Legitimationsmuster gegenüber Dritten zur Verfügung stellte, primär der Weltöffentlichkeit und den Bündnispartnern.

Im Übrigen waren beide Konflikte offiziell keine Kriege. Der Euphemismus *Emergency* wurde bewusst verwendet, um die Bedeutung der Ereignisse herabzuspielen, den Aufständischen das *ius in bello* abzusprechen – und schließlich auch, um Entschädigungsansprüche von der Regierung auf die Versicherungsgesellschaften abzuwälzen. Die Langwierigkeit und Blutigkeit beider Konflikte, speziell aber Kenyas, wo vor allem die rassistisch motivierten Übergriffe von Siedlern und lokal rekrutierten Truppenteilen für eine exzessive Brutalität sorgten, die Kolonialkriege ohne Siedlerpräsenz normalerweise fremd ist,<sup>25</sup> stehen in gewissem Kontrast zu dieser legalistischen Einordnung als einer Art Polizeiaktionen. Aus historischer Perspektive gibt es keinen Zweifel daran, dass Malaya wie Kenya analytisch gesehen Kriege waren, und zwar klassische „kleine“, Guerilla- oder asymmetrische Kriege.<sup>26</sup>

Dr. Dierk Walter, Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, D-20148 Hamburg, E-Mail: dierk.walter@his-online.de

<sup>24</sup> Zu Stabilität, Glaubwürdigkeit und der britischen Rolle in Asien siehe Anita Inder Singh, *The Limits of British Influence. South Asia and the Anglo-American Relationship, 1947–56*, London 1993, v.a. S. 46–52; Sanders, *Losing an Empire*, bes. S. 71–123; Darby, *British Defence Policy* (beide Anm. 5); Ramakrishna, Content, Credibility and Context (Anm. 11).

<sup>25</sup> Edgerton, *Mau Mau* (Anm. 19), bes. Kap. 5.

<sup>26</sup> Vgl. dazu meinen Artikel „Symmetrien und Asymmetrien in Kolonialkriegen“, der voraussichtlich 2006 in einem Sammelband der Hamburger Edition erscheinen wird, hg. von Christopher Daase, Bernd Greiner und mir.